

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion DIE LINKE und
der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion

Konferenz zur Zukunft Europas - Brandenburgerinnen und Brandenburger beteiligen

Der Landtag Brandenburg ist Mitglied des Pilotprojektes „Input aus politischen Debatten in Regionalparlamenten“ des Ausschusses der Regionen. Teil dieses Pilotprojektes ist die direkte Begleitung der „Konferenz zur Zukunft Europas“. Diese ist am 9. Mai 2021 zum Europatag gestartet und soll über mindestens ein Jahr hinweg insbesondere den Menschen in der EU die Möglichkeit geben, sich aktiv an der Gestaltung der Zukunft der EU zu beteiligen. Aus diesem Anlass hat der Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik in seinen letzten Sitzungen Fachgespräche zu den Themen EU in Brandenburg, grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie der Konferenz zur Zukunft Europas unter Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, brandenburgischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie dem portugiesischen Botschafter als Vertreter der portugiesischen Ratspräsidentschaft durchgeführt. Es hat sich gezeigt, dass die Europäische Union nicht erst seit der Pandemie vor weitreichenden Herausforderungen steht; diese bietet jedoch zugleich die Chance, unsere Union zukunftsfähig zu gestalten.

Die Resonanz der beteiligten europapolitischen Akteurinnen und Akteure zeigt, dass das europäische Engagement des Landtags - insbesondere auch die rege Teilnahme an verschiedenen EU-Pilotprojekten - positiv wahrgenommen und Impulse aktiv aufgegriffen werden. Auch in Zukunft wird der Landtag seinen Aufgaben als regionaler Gesetzgeber sowie seiner Schlüsselfunktion als Garant für eine bürgernahe EU-Politik und als ein Hüter des Subsidiaritätsprinzips im europäischen Mehrebenensystem nachkommen und sich aktiv an der Weiterführung der europäischen Idee beteiligen.

Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag sieht die unmittelbare Einbeziehung der Regionalparlamente, insbesondere solcher mit Gesetzgebungsbefugnissen, in die Konferenz zur Zukunft Europas weiterhin als erforderlich an. Er erhofft sich konkrete und umsetzbare Ergebnisse und plädiert insbesondere für eine ergebnisoffene Herangehensweise, die Vertragsänderungen nicht von vorneherein ausschließt. Der Landtag erinnert in diesem Zusammenhang auch an die gemeinsamen Brüsseler Erklärungen der Präsidentinnen und

Eingegangen: 11.05.2021 / Ausgegeben: 20.05.2021

Präsidenten der deutschsprachigen Landesparlamente, in welchen unter anderem die Verlängerung der Rügefrist des Subsidiaritätsprüfverfahrens sowie die Absenkung des Quorums der „gelben Karte“ gefordert wurden.

2. Der Landtag appelliert, auch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure eng mit in die Konferenz einzubeziehen, mit dem Ziel, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürger der Regionen eine aktive Möglichkeit zur Gestaltung der Zukunft Europas zu bieten.
3. Der Landtag begrüßt eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des Gesundheitswesens zur Pandemiebekämpfung und regt an, diese auch über die aktuelle Pandemielage hinaus weiterzuverfolgen. Der Landtag appelliert daher auch an die europäische Ebene, dort eine weitere Stärkung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung durch verbesserte Abstimmung und kohärentere Krisenreaktion voranzutreiben.
4. Der Landtag regt an, mit anderen Grenzregionen Best-Practice-Modelle auszutauschen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Europäischen Union weiter zu verbessern. Der Landtag bittet daher den Ausschuss der Regionen, einen solchen Austausch der innereuropäischen Grenzregionen - beispielsweise im Rahmen eines Pilotprojekts ähnlich dem Projekt RegHub - zu initiieren. In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag auch ausdrücklich die Aufnahme des Projektes RegHub 2.0 in die Fit for Future-Plattform als positiven Ausdruck einer neuen interinstitutionellen Arbeitsweise der Europäischen Union, die einen besonderen Fokus auf das Konzept der „aktiven Subsidiarität“ legt.
5. Der Landtag spricht sich dafür aus, im Bereich der Kohäsionspolitik einen möglichst nahtlosen Übergang zwischen den Förderperioden zu gewährleisten und den administrativen Prozess bei Kleinprojekten zu erleichtern, so dass die an der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit interessierten Akteurinnen und Akteure ihre Vorhaben umsetzen können.
6. Der Landtag betont, dass die mit dem Strukturwandel verbundenen Herausforderungen, insbesondere für solche Regionen die - wie die Region Lausitz - bislang durch den Bergbau geprägt waren, immens sind. Der Landtag fordert daher ein umfassendes Engagement, auch der europäischen Ebene, um diesen Regionen und den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Zukunftsperspektive zu bieten. Der Landtag teilt zudem die Ansicht, dass die Umsetzung des „Green Deal“ nur in enger Zusammenarbeit mit den Regionen gelingen kann.
7. Der Landtag begrüßt die Auffassung der EU Kommission, dass die deutsche Bundesregierung die EU-Mittel aus dem Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund - JTF) nicht zur Verrechnung von Bundesmitteln für Kohleregionen verwenden sollte.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. sich ebenso wie der Landtag aktiv durch die Organisation und Durchführung von eigenen Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger an der Konferenz zur Zukunft Europas zu beteiligen und die in diesen Veranstaltungen diskutierten Ergebnisse dem Ausschuss der Regionen zu übermitteln;
2. auf europäischer Ebene für eine Verlängerung der Konferenz zur Zukunft Europas über den Mai 2022 hinaus zu werben;
3. zu prüfen, ob die bevorstehende Absenkung des EU-Kofinanzierungssatzes bei INTERREG A und damit die Erhöhung des Eigenanteils der Projektträger für die Kleinprojekte ausgeglichen werden kann;
4. sicherzustellen, dass wesentliche Veränderungsprozesse in der Grenzregion, wie der Strukturwandel in der Lausitz oder Großinvestitionen wie die TESLA-Ansiedlung in Grünheide, mehrsprachig kommunikativ begleitet werden;
5. sich dafür einzusetzen, dass über ostdeutsche Vertreterinnen oder Vertreter des Bundesrates auch die ostdeutsche Perspektive in die Konferenz zur Zukunft Europas einfließen kann;

Begründung:

Mit der am 9. Mai 2021 gestarteten „Konferenz zur Zukunft Europa“ beginnt ein Prozess, der den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen soll, an der Neugestaltung der Europäischen Union, ihrer Strukturen, Institutionen und Verfahren mitzuwirken. Diese Chance sollte auf allen Ebenen - der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen - ergriffen werden.

Ein starkes regionales Engagement bei der Gestaltung der europäischen Zukunft ist unverzichtbar, um den Menschen die Europäische Union näher zu bringen. Die Regionalparlamente sind den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort am nächsten und dienen als Kommunikationsmittler zwischen ihnen und der Europäischen Union. Erforderlich ist jedoch, dass sich auf regionaler Ebene neben dem Landtag auch weitere Akteurinnen und Akteure, insbesondere die Landesregierung und zivilgesellschaftliche Organisationen in die Konferenz zur Zukunft Europas einbringen.